

Ange­si­chts einer welt­weit dra­ma­tisch zu­ge­spitz­ten Flüch­tlings­kri­se for­dert der Mit­be­grün­der und lang­jäh­ri­ge Spre­cher von PRO ASYL Heiko Kauffmann, das The­ma „Flucht, Asyl, Flüch­tlings­schutz und Men­schen­rechte“ als eine der dring­lich­sten glo­ba­len Her­aus­for­de­run­gen auf die Tages­or­dnung der in­ter­na­tio­na­len Poli­tik zu set­zen. Das Vor­ha­ben der EU-Kom­mis­sion, die UN für ein ro­bus­tes Man­dat zur Zer­stö­rung von Flüch­tlings­booten zu ge­win­nen, hält er für zynisch und be­schä­mend. Viel­mehr un­ter­streiche dies noch ein­mal die Not­wen­dig­keit eines Pa­ra­dig­men­wech­sel­ in der eu­ro­päi­schen Flüch­tlings­poli­tik. Wer – statt mit den UN über ver­bes­serte Auf­nah­me-Bed­ingun­gen und die Ret­tung von Flüch­tlings­gen zu re­den – ein Man­dat zur Zer­stö­rung von „Schleu­ser­booten“ an­strebt, be­treibe pure Sym­bol­poli­tik und ver­schlie­ße wei­ter­hin die Augen vor den Ur­sa­chen der Flucht Tau­sen­der von Men­schen.

Die Opfer Europas - Schluss mit der Barbarei!¹

Von Heiko Kauffmann

Die Ge­schichte des Mas­sen­ster­bens von Flüch­tlings­gen im Mit­tel­meer und an den Gren­zen Eu­ro­pas ist eine erbär­mliche Fol­ge der Ver­let­zung von Für­sor­ge- und Ob­hut­pflich­ten der EU-Staaten ge­gen­über in Le­bens­ge­fahr und in Not ge­ra­te­nen Men­schen und damit eine schier un­end­liche Ge­schichte poli­ti­schen Ver­sa­gens.

Es ist auch die Ge­schichte jah­re­lan­ger Ig­no­ranz und Nicht­be­ach­tung einer un­end­lichen Zahl von Be­rich­ten, Ein­ga­ben, Do­ku­men­ta­tionen, Ap­pellen und Mah­nun­gen aus der Ziv­il­ge­sell­schaft, des nach­läs­si­gen Um­gangs mit in­ter­na­tio­na­lem Recht bis hin zum Bruch von Völ­ker­rechts­stan­dards zum Schutz von Flüch­tlings­gen und der In­kauf­nahme ihres To­des. Tote Flüch­tlings­gen vor Lam­pe­dusa und Mal­ta, Tau­sen­de Er­trun­kene im Mit­tel­meer; in Last­wa­gen und Con­tainern auf dem Weg nach Eu­ro­pa qual­voll Erstic­kte; Tau­sen­de beim Marsch durch die Wüste zum Mit­tel­meer elend Ver­dur­stete oder beim Über­queren von Gebir­gspäs­sen im Win­ter bei bitter­ster Kälte Er­fro­rene; Flüch­tlings­gen, die in Mi­nen­fel­dern und Gren­zbe­festigun­gen ihr Le­ben lie­ßen; die von der Guardia Civil und der marok­ka­ni­schen Po­li­zei ent­lang der Gren­zsperr­en von Ceuta und

Melilla er­schos­sen oder – mit töd­lichen Fol­gen – an an­de­ren Gren­zen Eu­ro­pas zu­rück­ge­wie­sen wur­den; Tau­sen­de, die in der Fol­ge von Push-back-Ab­drän­gungs- und men­schen­rechts­widri­gen Zu­rück­wei­sungs-Ak­tionen durch FRON­TEX, Eu­ro­pas be­waf­fetem Arm ge­gen Flüch­tlings­gen, nie ihr Ziel er­rei­chten; Ab­ge­schobene und Zu­rück­de­por­tierte, die ver­haftet wur­den und in La­gern star­ben; unge­zähl­te Na­menlose und für im­mer Ver­schollene: sie alle wa­ren und sind Opfer eines mar­ti­ali­schen Gren­zre­gimes, Opfer einer staat­lich or­ga­ni­sierten und to­le­rierten Bar­ba­rei – Opfer Eu­ro­pas.

Diese Dra­men und Tra­gödien, die sich seit über zwei Jahr­zehnten an sei­nen Küs­ten und Gren­zre­gionen ab­spie­len, sind eine hu­ma­ni­tä­re, poli­ti­sche und mo­ra­li­sche Bankrot­ter­klä­rung und eine Schan­de für die ziv­ilisierte Welt. Dabei wa­ren es doch gerade die eu­ro­päi­schen Staaten, die nach dem Zwei­ten Welt­krieg – als Lehre aus den dunkel­sten Stun­den ihrer Ge­schichte – ent­schlossen daran gin­gen, das in­ter­na­tio­nale Flüch­tlings­sys­tem zu be­grün­den und die maß­geblich an sei­ner Aus­ge­stat­tung in Men­schen­rechts­kon­ven­tionen und völ­ker­recht­lichen Ver­trä­gen be­teiligt wa­ren.

Denn NIEMALS und NIR­GENDWO sollte sich je die Sch­mach und die „Schan­de von Evian“ wie­der­ho­len, jener Kon­ferenz in der Sch­weiz 1938, die zum Sym­bol

des Ver­sa­gens der Staat­en­ge­mein­schaft ge­gen­über Hitler-Deutsch­land wurde. Denn ein­berufen zur Ret­tung der Ju­den und Ver­folgten des Nazi-Regimes, er­klärte sich kei­ner der teil­neh­men­den 32 Staaten zur Auf­nahme von Flüch­tlings­gen bereit; statt der er­hofften kon­kreten Hil­fen keine be­frei­en­den Zu­sa­gen und kein Druck auf das NS-Regime, statt Öff­nung Schlie­ßung der Gren­zen, statt Er­lei­che­rung die Ver­wei­gerung von Visa, statt der Lockerung die Ver­schärfung der Ein­wan­derungs­ge­setze.

Heuchlerische hu­ma­ni­tä­re Be­schwö­rungs- und Mit­leids­rhe­torik

Die ak­tu­ellen Reak­tionen der Poli­tik auf die Flüch­tlings­kata­strophe im Mit­tel­meer er­innern fatal an die heuchlerische hu­ma­ni­tä­re Be­schwö­rungs- und Mit­leids­rhe­torik und ih­ren in der Sache je­doch un­erbittlich har­ten Ab­wehrkurs ge­gen­über Flüch­tlings­gen zur Zeit der Evian-Kon­ferenz vor 77 Jah­ren.

Die wich­tigste Lehre aus dem Scheitern der Staaten vor 1945 sollte den Kern­gehalt, das wich­tigste Element eines zu­künftigen Eu­ro­pa aus­ma­chen: der absolute Grund­sat­z der unein­ge­schränk­ten Be­ja­hung und Be­wa­hung der Würde des Men­schen, und zwar JEDES Men­schen: Men­schenwürde-Ge­bot und Diskri­mi­ni­erungs-Ver­bot.

Heute klafft eine tiefe Lücke zwi­schen dieser Idee eines welt­offenen, friedlichen,

¹ Der Beitrag ist leicht gekürzt unter dem Titel „Wer Men­schen rettet, rettet sich selbst“ in der FR vom 19. Mai erschienen.

gerechten, toleranten Europa – in der Tradition des Humanismus, der Aufklärung und einer Kultur der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der Demokratie – und der Realität Europas als einem „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ für alle hier lebenden und sich aufhaltenden Menschen.

Gemessen an diesen Zielen sind die Migrations- und Flüchtlingspolitiken der europäischen Länder Ausdruck einer tiefen Krise; im Mittelpunkt der europäischen Asylpolitik steht nicht mehr der einzelne Mensch, nicht die Menschenwürde und der Schutz jedes Individuums, sondern eine Staatsräson, die wirtschaftlichen Privilegien und Eigeninteressen, „Innerer Sicherheit“ und „dem Kampf gegen den Terror“ absoluten Vorrang vor Flüchtlings- und Menschenrechtsschutz einräumt; sie speist sich zunehmend aus einer Verflechtung ökonomischer Interessen mit innen- und außenpolitischer Sicherheitsmaßnahmen und militärischen Ambitionen sowie aus Abschottungs- und Festungsdenken.

Vormarsch globaler Apartheid

Die wichtigste Antwort der Staatengemeinschaft auf Terror, Krieg, Gewalt, Verfolgung und Vertreibung nach der Zeit des Faschismus war die Etablierung eines universell gültigen Menschenrechts- und Flüchtlingsschutzsystems. Dieses wird seit Jahren durch restriktive Maßnahmen immer stärker eingeschränkt, abgeschwächt, relativiert oder ganz negiert. Damit offenbart Politik nicht nur einen erschreckenden Mangel an Geschichtsbewusstsein, historischer Verantwortung und Völkerrechtstreue; mit diesen Maßnahmen der Herabsetzung und Nivellierung völkerrechtlicher Standards des Flüchtlingsschutzes gibt sie selbst erneut und verstärkt Raum für die Entstehung und Mobilisierung von Vorurteilen, zur Verbreitung einer rassistisch infizierten Dominanz-Ideologie und zum weiteren Vormarsch globaler Apartheid.

Denn auch die EU und die deutsche Politik tragen in dem Maße Verantwortung für Migrations- und Fluchtbewegungen, wie sie selbst fortwährend Ursachenfaktor für die Verarmung der Länder Afrikas und anderswo sind: durch ihre aggressive Wirtschafts-, Agrar- und Handelspolitik, durch Waffenlieferungen, militärische Kooperation und Unterstüt-

zung von Regierungen mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen, durch ihr Abstimmungsverhalten in internationalen Gremien und durch ihre Rolle bei sog. Partnerschaftsabkommen oder beim Europäisch-Afrikanischen Freihandelsabkommen (EPA).

Aus den Widersprüchen dieser Politik resultiert eine Einstellung gegenüber anderen Menschen und Völkern, die das Bewusstsein und das Klima der Gesellschaft beeinflusst. Sie spiegeln sich im rechtlichen und sozial eingeschränkten Rahmen des Flüchtlingslebens in Deutschland und Europa wider und bestimmen den behördlichen, gesetzlichen und „verwaltungstechnischen“ Umgang mit ihnen. Flüchtlinge werden allzu oft nicht als gleichwertige, gleichberechtigte Menschen wahrgenommen, - eine Folge institutioneller Ausgrenzung und rassistischer Denkmuster.

Was nutzen den Flüchtlingen, die an die Werte und Verheißungen Europas glauben und sich auf maroden Schiffen dorthin begeben, die verbindlichen Prinzipien der Seenotrettung und die besten Flüchtlingsschutz-Standards, „wenn es einen höheren Stellenwert genießt, Migranten vom Ankommen abzuhalten als Leben zu retten“ ?

(Menschenrechtskommissar
Thoma Hammarberg Juni 2011)

Was ist der Wert der Menschenrechte, wenn die Diskrepanz zwischen den verbürgten und verheißenen Rechten und der Realität ihrer Inanspruchnahme für Flüchtlinge immer größer wird?

Per Gesetz geregelte Herabsetzung, Benachteiligung oder Minderbewertung anderer oder einer Gruppe von Menschen schafft eine politische Atmosphäre und ein gesellschaftliches Klima, in dem Populismus, Rechtsradikalismus und Rassismus gedeihen können;

Ein Europa, das schutzsuchenden Flüchtlingen vorenthält, was ein menschenwürdiges Leben ausmacht, ist selbst institutionell vom Bazillus interner und externer Apartheid infiziert. Denn die unterschiedliche Rechtsstellung und Behandlung von Menschen, Sonderregelungen, Sondergesetze und diskriminierende „flankierende“ Maßnahmen für bestimmte Gruppen verwischen die Grenzen des Rechtsstaats immer mehr.

Die „Flüchtlingskrise“ auf die nationale und internationale Agenda

Deshalb gehört, will man ernsthaft und von Grund auf die Verwerfungen und Verwüstungen der europäischen und deutschen Asylpolitik abstellen und menschenrechtlich neu und adäquat justieren, eine unvoreingenommene Untersuchung über das Zusammenwirken von und zwischen Politik und Wirtschaft, die Themen Ausgrenzung und rassistisches Denken und Handeln auf die politische und gesellschaftliche Agenda von Brüssel sowie Bund, Ländern und Gemeinden - unter maßgeblicher Einbeziehung und vorrangiger Beteiligung zivilgesellschaftlicher Gruppen.

Vorbild dafür könnte die so genannte „McPherson-Kommission“ sein, die den Begriff des Institutionellen Rassismus bereits 1999 in Großbritannien als eine offizielle Kategorie für ein kritikwürdiges Regierungshandeln eingeführt hatte. Das Konzept einer Untersuchung des Institutionellen Rassismus zielt auf die Entstehung von Vorurteilen in Verbindung mit Machtausübung ab, untersucht Strukturen, Vorgänge, Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten in und zwischen Regierungsstellen, Behörden und Institutionen, die in ihrer Konsequenz auch diskriminierende und rassistische Auswirkungen haben. Dies impliziert die Untersuchung und Überprüfung von Gesetzen, Vorschriften und Durchführungsbestimmungen des gesamten Verwaltungshandelns.

Mehr noch und über Brüssel und die EU hinaus: weltweit hat sich die Asylpolitik der Staaten in den letzten Jahrzehnten

Skandal und doch normal

Impulse für eine antirassistische Praxis



Margarete Jäger | Heiko Kauffmann (Hg.)



Margarete Jäger / Heiko Kauffmann (Hg.)

Skandal und doch normal

Impulse für eine antirassistische Praxis.
edition DISS Bd. 31, 2012 Münster: Un-
rast 253 S., 24 €

Rassismus ist weiterhin ein drängendes Problem in Deutschland, das das Zusammenleben von Personen unterschiedlicher Herkunft beeinträchtigt oder ganz zerstört. Rassismus schädigt das gesellschaftliche Klima und kann – wie nicht zuletzt die NSU-Morde zeigen – zu Mord und Totschlag führen. Er bewirkt massive Ausgrenzungen und wirft emanzipatorische Konzepte immer wieder weit zurück. Schauplätze sind sowohl institutionelle Ebenen wie auch die Medien und der Alltag.

Um dagegen vorzugehen, hat sich in Deutschland seit den 1980er Jahren eine Rassismusforschung herausgebildet, die versucht, das Wirken ausgrenzender Diskurse zu analysieren und offenzulegen. Damit will diese Forschung all jenen zuarbeiten, die Rassismus und seine destruktiven Kräfte bekämpfen wollen.

Das gemeinsame Anliegen der Autor_innen ist es, durch die Analyse von Ursachen und Mechanismen herabsetzender Markierungen und stigmatisierender Ausgrenzungen einen geschärften Blick auf dominante rassistische diskursive Verschränkungen und Praxen zu gewinnen.

Mit Beiträgen von Susan Arndt, Thomas Bryant, Sebastian Friedrich, Jessica Heun, Margarete Jäger, Heiko Kauffmann, Karl Kopp, Sara Madjlessi-Roudi, Jobst Paul, Thomas Quehl, Nora Rätzl, Sebastian Reinfeldt, Albert Riedelsheimer, Yasemin Shooman, Regina Wamper und Aram Ziai.

immer mehr von ihren humanitären und völkerrechtlichen Voraussetzungen und Erfordernissen entfernt

Ein Beispiel ist die Militarisierung und mit Milliarden von Dollar hochgerüstete und mit modernster Technik ausgestattete Grenzbefestigungsanlage über 3000 km entlang der amerikanischen Grenze zu Mexiko. Ein anderes Beispiel sind die rassistischen „NO way“-Schock-Kampagnen Australiens und sein harscher Umgang mit Flüchtlingen, die in gefängnisähnlichen Lagern auf Nauro und Manus unter menschenunwürdigen Bedingungen elend dahin vegetieren; UN-Berichtersteller Juan Mendez verurteilte das Verhalten Australiens im März dieses Jahres als schweren Verstoß gegen die UN-Anti-Folter-Konvention. Auch in Südostasien bahnt sich eine Flüchtlingskatastrophe an: über 25000 Menschen, Angehörige der muslimischen Minderheit Rohingya, haben sich seit Anfang dieses Jahres aus Myanmar und Bangladesch auf die lebensgefährliche Überfahrt nach Malaysia und Indonesien begeben. Hunderte verloren dabei schon ihr Leben.

Insgesamt spitzt sich die Lage der Flüchtlinge weltweit dramatisch zu: innerhalb nur eines Jahres nahm allein die Zahl der Binnenvertriebenen, der „Flüchtlinge im eigenen Land“ um 4,7 Millionen auf jetzt 38 Millionen zu. Die Zahl der Kriege (22) und die Zahl gewaltsamer Konflikte und Auseinandersetzungen stiegen weltweit auf 424 – mehr als je zuvor. Die Gesamtzahl der Flüchtlinge erhöhte sich auf über 51 Millionen – so viel wie seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr.

Angesichts der Größenordnung solcher Herausforderungen haben die Vereinten Nationen seit ihrem Bestehen nach 1945 in vergleichbaren Fällen auf anderen Gebieten immer wieder wichtige UN-Konferenzen einberufen und durchgeführt, um die Probleme zu fokussieren, zu analysieren sowie Lösungswege aufzuzeigen und verbindliche Regeln und Zielvorgaben für alle Staaten und die Weltgemeinschaft zu entwerfen. Zu nennen sind hier vor allem die großen Weltkonferenzen der 90er Jahre: 1990 Weltkindergipfel, New York; 1992 Umwelt und Entwicklung, Rio de Janeiro; 1993 Menschenrechte, Wien; 1995 Weltfrauenkonferenz in Peking; 1995 Weltsozialgipfel in Kopenhagen; schließlich der

Millenniumsgipfel in New York 2000. Sie alle erarbeiteten Aktionspläne, formulierten Entwicklungsziele und Lösungen und verabschiedeten verbindliche Zielvorgaben.

Willy Brandt, einer der Wegbereiter von „Global Governance“ schrieb schon 1980, in der Einleitung von „Das Überleben sichern“, des sogenannten Brandt-Berichts: „Die Globalisierung von Gefahren und Herausforderungen erfordert eine Art ‚Weltinnenpolitik‘, die über den Horizont von Kirchtürmen, aber auch über nationale Grenzen hinausreicht“.

Allerdings: nach Evian 1938 – und das war vor der Existenz der Vereinten Nationen – gab es auf UN-Ebene noch niemals eine internationale Konferenz zu den drängenden Fragen und akuten Problemen der Flüchtlings- und Asylpolitik der Staatengemeinschaft.

Weltkonferenz und UN-Dekade zum Schutz von Flüchtlingen

Angesichts weltweit zunehmender Restriktionen gegen Flüchtlinge und ihrer prekären Lage und des gleichzeitig kompletten Versagens der EU-Staaten und der Weltgemeinschaft in der aktuellen Flüchtlingskrise: wäre es nicht endlich an der Zeit, eine UN-Weltkonferenz für die Rechte von Flüchtlingen zu initiieren und einzuberufen, um die rechtlichen Schutzinstrumente von Flüchtlingen und die staatlichen Schutzpflichten ihnen gegenüber zu sichern und zu erweitern!

Angesichts des Albtraums dieses jungen Jahrhunderts, der humanitären Katastrophe des Menschensterbens im Mittelmeer, stünde es verantwortlicher Politik gut an, jetzt auch eine Initiative für eine UN-Dekade zum Schutz von Flüchtlingen und zur Bekämpfung der sozialen, ökonomischen, ökologischen und politisch-institutionellen Fluchtursachen in die Wege zu leiten

Diese beiden Forderungen – Einberufung einer Weltkonferenz und eine UN-Dekade zum Schutz von Flüchtlingen – wurden 2008 zum Abschluss der von PRO ASYL, dem Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin und dem Menschenrechtsausschuss des Deutschen Bundestages veranstalteten Konferenz „Festung Europa – Menschenrechte und Schutz von Flüchtlingen 70 Jahre nach Evian“ erhoben.

Sie wurden von der ehemaligen Justiz-

ministerin und damaligen Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses, Frau Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, von der ehemaligen Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Heidi Wiecek-Zeul, sowie von Wissenschaftlern wie Prof. Dr. Wolfgang Benz und Prof. Dr. Klaus J. Bade mitgetragen und unterstützt, konnten damals aber infolge des Regierungswechsels 2009 nicht mehr in die entsprechenden nationalen und internationalen Gremien eingespeist werden.

Es wäre ein deutliches Zeichen der Abkehr von einer miserablen und verrohten Politik des Sterben-Lassens und ein glaubwürdiges Signal zur Umkehr, wenn – neben den Organisationen und Institutionen der Zivilgesellschaft und der Kirchen – hier vor allem die Regierungskoalition und die Oppositionsparteien, aber auch die Landesregierungen und Kommunen initiativ werden, Beschlüsse fassen und diese national und international auf die Tagesordnung bringen.

Seenotrettung sofort! Gegen die Selbstzerstörung Europas

Über allem aber steht die jetzt vordringlichste Aufgabe der deutschen und europäischen Politik, die monströse Barbarei des Massensterbens im Mittelmeer, die Europas Werte, seine Glaubwürdigkeit und seinen Humanitätsanspruch völlig zerstört, durch den Aufbau eines zivilen Europäischen Seenotrettungsdienstes umgehend zu beenden.

Die Glaubwürdigkeit Deutschlands und der EU sind daran zu messen, ob sie das jetzt herrschende himmelschreiende Unrecht beenden und deutliche Signale zur Umkehr ihrer Flüchtlingspolitik geben: durch den unverzüglichen Aufbau eines umfassenden zivilen Seenot-Rettungsprogramms, durch Öffnung legaler Zugangswege nach Europa und durch eine grundlegende Revision des Dublin-Systems, dieses Verschiebehahnhofs zur ungerechten Verteilung von Flüchtlingen.

Wenn es um die immer wieder viel beschworenen Werte Europas und die Deutsche Verantwortung in der Welt geht, läge es nahe, dass sich die Politik nicht nur auf die Wirtschaftskraft des Landes und sein Militär verlassen, sondern die Arbeit, das Wissen, die fachliche und soziale Kompetenz von Bürgerinnen und Bürgern und ziviler Organisationen endlich auch adäquat würdigen und nutzen würde.

Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS), die im Mai dieses Jahres 150 Jahre alt wird und deren Schirmherr der Bundespräsident ist, verfügt heute über die modernste Flotte von 60 Seenotkreuzern und Booten, die an 54 Orten an Nord- und Ostsee stationiert sind. Die deutschen Seenotretter haben in ihrer langen Geschichte über 81.000 Menschen das Leben gerettet; allein im letzten Jahr über 700 Personen aus drohenden Gefahrensituationen und 55 Menschen aus akuter Seenot befreit. Die Arbeit der DGzRS ist ein leuchtend positives Beispiel für humanitäres und soziales Engagement und zeigt den zivilisatorischen Standard und die humanitären Seenotrettungsmöglichkeiten Deutschlands und Europas auf.

Läge es nicht auf der Hand, die Kompetenz und die Erfahrung dieser beispielhaften Institution für den Aufbau eines zivilen europäischen Seenotrettungssystems zu nutzen und sich angesichts der größten humanitären Katastrophe im Herzen Europas ihres Wissens und ihrer Unterstützung zu sichern?!

Einem ihrer Jahrbücher stellte die DGzRS als Motto ein Wort von Antoine de Saint-Exupery voran: „Mensch sein heißt: Verantwortung fühlen, sich schämen beim Anblick einer Not auch dann, wenn man selbst spürbar keine Mitschuld an ihr hat (...);und persönlich seinen Stein beitragen im Bewusstsein, mitzuwirken am Bau der Welt“.

Die organisierte Verantwortungslosigkeit Europas im Umgang mit dem 1000fachen Sterben im Mittelmeer zeigt: auch die Demokratie ist keine Garantie zur Verhinderung der Barbarei, wenn diese einfache Wahrheit, die Saint-Exupery benennt, nicht gelebt wird; sie zu beherzigen heißt: der verfluchten Gewöhnung an Unrecht und der Selbstzerstörung Europas ein Ende zu bereiten!



AK Antiziganismus im DISS

Stimmungsmache

Extreme Rechte und antiziganistische Stimmungsmache. Analyse und Gefahrenereinschätzung am Beispiel Duisburg

2015 Online-Broschüre
DIN A4: 62 Seiten

Am Beispiel der Stadt Duisburg wird exemplarisch untersucht, wie die extreme Rechte das Thema Antiziganismus aufgreift. Sie agiert dabei keineswegs im luftleeren Raum. Vielmehr besteht ein Zusammenhang zwischen Alltagsrassismus, etablierten Medien, Kommunalpolitik und den Erfolgchancen der extremen Rechten. Es handelt sich somit um ein äußerst kompliziertes Wechselspiel.

Autor_innen: Martin Dietzsch, Anissa Finzi, Alexandra Graevskaia, Ismail Küpeli, Zakaria Rahmani, Stefan Vennmann

abrufbar unter

<http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2015/03/DISS-Stimmungsmache-Online-Broschuere-2015.pdf>

Martin Dietzsch, Bente Giesselmann und Iris Tonks

Spurensuche zur Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma in Duisburg

2014 Online-Broschüre
DIN A4: 90 Seiten

Es wird exemplarisch aufgezeigt, welche Spuren des Völkermords an Sinti und Roma auch heute noch auffindbar sind und Anregungen dazu gegeben, wie man das Geschehen im Rahmen der politischen Bildung mit Jugendlichen thematisieren kann.

abrufbar unter

<http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Buecher/DISS-Spurensuche--Online-Broschuere--2014.pdf>